

Alte Macht, junge Revolte: Afrikas dritte Protestwelle

Von **Julia Schweers**

Ob in Hongkong, Lateinamerika oder dem Mittleren Osten – überall begehren vor allem junge Menschen gegen ihre Regierungen auf. Weniger Beachtung findet dagegen die Tatsache, dass auch in Afrika der Frust der Jugendlichen immer stärker wächst. Selten wurde das so deutlich wie im vergangenen Jahr: Im April erzwangen hunderttausende Demonstrant*innen in Algerien den Rücktritt des 82jährigen Abdelaziz Bouteflika nach 20 Jahren Präsidentschaft. Er und seine Partei, die Nationale Befreiungsfront FLN, hatten tatsächlich geglaubt, der greise Potentat könne ein fünftes Mal kandidieren, obgleich er wegen mehrerer Schlaganfälle schon seit über drei Jahren nicht mehr öffentlich auftritt.¹ Parallel dazu stürzten Massenproteste im Sudan die Militärdiktatur des 75 Jahre alten Omar al-Baschir – nach 30 Jahren Gewalt, Korruption und Misswirtschaft.

Doch nicht nur dort entlud sich die Wut auf der Straße: Insgesamt 16 Staaten des Kontinents wählten in diesem afrikanischen Superwahljahr ihr Parlament und/oder ihren Präsidenten – darunter das wirtschaftlich stärkste Land, Südafrika, und das bevölkerungsreichste, Nigeria. Und viele dieser Urnengänge waren von heftigen Demonstrationen begleitet. Aber auch abseits von Wahlkämpfen stießen Sicherheitskräfte und Demonstrant*innen zusammen, beispielsweise als im westafrikanischen Benin das Parlament eine umstrittene Verfassungsreform durchwinkte oder als in dessen Nachbarland Togo die Regierung „präventiv“ für die dieses Jahr anstehende Präsidentschaftswahl das Versammlungsrecht einschränkte.²

Alle diese Proteste haben – trotz der selbstverständlich großen kulturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten – eines gemeinsam: Sie sind Ausdruck eines Generationenkonflikts, eines wahren Clashes zwischen einer alten, kleptokratischen Elite und einer extrem jungen Bevölkerung. Grenzüberschreitend stellen die Jugendlichen den Großteil der afrikanischen Bevölkerung. Allerdings sehen sie sich weder politisch repräsentiert, noch in der Lage, wirtschaftlich aufzusteigen. Ihr Drang nach Wandel und besseren Perspektiven und ihre enormen Zukunftsängste angesichts einer hohen Jugendarbeitslosigkeit und eines sich rasch wandelnden Klimas treiben

1 Vgl. Claus Leggewie, Algerien: Abschied von den Mumien, in: „Blätter“, 4/2019, S. 33-36.

2 Togo: une nouvelle loi restreint fortement les manifestations publiques, www.jeuneafrique.com, 8.8.2019.

sie zunehmend auf die Straße. Diese geballte Frustration der Jugend wird in den kommenden Jahren die politischen Geschehnisse auf dem Kontinent bestimmen. Ja, mehr noch: Der zivilgesellschaftliche Widerstand könnte sich zur dritten großen Protestwelle Afrikas auswachsen.³

Kontinentale Protestwellen

Die erste kontinentübergreifende Bewegung war der Dekolonialisierungskampf. Innerhalb kurzer Zeit, zwischen den späten 1950er Jahren und Mitte der 1960er Jahre, brachten gewaltige Massenproteste den Großteil der Kolonialregime zu Fall (18 allein im Jahr 1960). Die meisten afrikanischen Staaten wurden also etwa zur selben Zeit unabhängig – nämlich inmitten des Kalten Krieges. Gerade diesem Umstand ist ihr schwieriger Start in die Unabhängigkeit anzulasten. Denn weder West noch Ost interessierte die selbstständige demokratische und wirtschaftliche Entwicklung der jungen Staaten. Vielmehr protegierten beide Blöcke „ihre“ Autokraten, finanzierten blutige Stellvertreterkriege (etwa den Bürgerkrieg in Angola mit einer halben Million Toten) und versuchten, demokratisch gewählte Kandidaten des jeweils anderen Lagers zu verhindern. Ohne diese Unterstützung hätten sich verbrecherische Diktatoren wie Jean-Bédel Bokassa (Zentralafrikanische Republik), Idi Amin (Uganda) oder Joseph Mobutu (Zaire, heute Demokratische Republik Kongo) nie so lange an der Macht halten können.

Die zweite länderübergreifende Protestbewegung in Afrika setzte in den 1980er Jahren ein. Denn mit der Entspannung des Kalten Krieges versiegten auch die Zahlungen aus Ost und West. Reihenweise wurden die zuvor künstlich an der Macht gehaltenen, hoch korrupten Stellvertreterdiktatoren zahlungsunfähig. Und während die Staaten zu kollabieren drohten, brachen sich zwischen 1985 und Anfang der 1990er Jahre heftige Massenbewegungen Bahn – in 14 Staaten allein im Jahr 1990.⁴ Etliche von ihnen versanken in Bürgerkriegen, darunter Sierra Leone und der Kongo. In vielen schaffte es die politische Elite jedoch, die Protestierenden mit „Good Governance“-Versprechen abzuspeisen und mit Krediten der Weltbank die Stabilität zu wahren⁵ – jedoch unter drakonischen Auflagen: Mit den sogenannten Strukturanpassungsmaßnahmen machten Weltbank und IWF Afrika zum Versuchslabor des Neoliberalismus.

So entwickelten sich in den 1990er Jahren in vielen afrikanischen Staaten zwar „demokratische Strukturen“, die jedoch oft nur auf dem Papier existierten: Einerseits diente die postulierte Demokratisierung vielen afrikanischen Politikern lediglich als ein Vorwand, um selbst an der Macht zu

3 Immer wieder haben afrikanische Staaten historische Schritte relativ gleichzeitig vollzogen. Insbesondere Subsahara-Afrika teilte viele einschneidende Ereignisse, und zwar weil die Region sich immer wieder mit ähnlichen geopolitischen und ökonomischen Interessen anderer konfrontiert sah.

4 Vgl. Adam Branch und Zachariah Mampilly, *Africa's Road to Democracy*, in: „Jacobin Magazine“, 5/2019.

5 Ein treffendes Beispiel dafür ist der Ghanaer Jerry Rawlings: ein langjähriger Autokrat, der als Reaktion auf die kriselnde Wirtschaft Ghanas in den 1980ern die Strukturanpassungsmaßnahmen durchführte, von 1992 bis 2001 „demokratisch gewählt“ weiterregiert und bis heute als Held gefeiert wird.

bleiben. Andererseits bleibt kein Raum für politische Alternativen, wenn die Geldgeber vorgeben können, welche Wirtschafts-, Gesundheits-, und Bildungspolitik kreditwürdig ist. Auf diese Weise überdauerten viele der alteingesessenen politischen Kasten bis heute – und zugleich auch die politische Einflussnahme des Nordens in Afrika.

Alte schwarze Männer, junge frustrierte Bevölkerung

Seitdem ist eine ganze Generation mit der Politik der neoliberalen Alternativlosigkeit aufgewachsen. Sie macht heute den Großteil der afrikanischen Gesellschaften aus, denn deren Durchschnittsalter liegt bei rund 20 Jahren. Am ältesten Rand des Spektrums stehen dabei Südafrika und die Maghreb-Staaten. Ihre Gesellschaften sind im Schnitt zwischen Mitte 20 und Anfang 30 Jahre „alt“, während in Uganda, Niger oder im Tschad der Altersdurchschnitt sogar auf gerade einmal rund 16 Jahre geschätzt wird. Dass noch immer die gleichen alten Männer die politischen Ämter bekleiden, ist also umso extremer, sind doch diese Politiker oft 50 bis 60 Jahre älter als die Durchschnittsbevölkerung ihrer Länder. Und nicht nur das: Sie haben auch ein Alter erreicht, von dem ein Großteil der Bevölkerung nur träumen kann. Aufgrund der schlechten Gesundheitsversorgung liegt die durchschnittliche Lebenserwartung in Afrika bei Anfang 60 – rechnet man Nordafrika heraus, sogar noch deutlich niedriger. Auch deswegen repräsentieren die Machthaber in Afrika eine vollkommen abgehobene, privilegierte Klasse.

Der Generationenkonflikt wird zusätzlich dadurch verschärft, dass die Jugendarbeitslosigkeit in afrikanischen Staaten oft besonders hoch ist – zum Teil, weil sich in der Landwirtschaft nicht genug erwirtschaften lässt und zu viele Menschen auf der Suche nach Arbeit in die Städte drängen; zum Teil, weil Klientelnetze es denjenigen, die nicht über Kontakte in die richtigen Zirkel verfügen, ungleich schwerer machen, einen der ohnehin schon raren Jobs zu bekommen; und zum Teil, weil internationale Firmen oft ihre eigenen Mitarbeiter*innen mitbringen, statt die lokale Bevölkerung einzustellen.

Zugleich bedroht der Klimawandel zunehmend die Ernährungssicherheit auf dem afrikanischen Kontinent – und damit auch die Zukunft speziell der jungen Generationen. In Ostafrika mussten 2019 mehr als 270 000 Menschen vor Überschwemmungen fliehen. In der Sahelzone, also dem sich südlich der Sahara quer durch den Kontinent ziehenden Steppenstreifen, ist der Klimawandel sogar schon viel länger spürbar: Sie versandet immer mehr, während der Regen ausbleibt und sich die Wüste kontinuierlich ausbreitet. Und auch im südlichen Afrika ist der Klimawandel längst angekommen. Die Region erlebte 2019 die schlimmste Dürre der letzten 100 Jahre.

Es gibt wohl kein extremeres Beispiel für diesen Generationenbruch als das südafrikanische Simbabwe: Gerade einmal fünf Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes verfügt über eine offizielle Arbeit. Und aufgrund der Misswirtschaft des ehemaligen Diktators Robert Mugabe hat die derzeitige klimawandelbedingte Dürre besonders extreme Auswirkungen:

Rund eine Millionen Simbabwer*innen leiden Hunger.⁶ 2017 kam es schließlich zum Umsturz: Robert Mugabe hatte gerade rund eine Million Dollar zur Feier seines 93. Geburtstages ausgegeben, als ihn 2017 das Militär aus dem Amt putschte und durch seinen 75jährigen Parteikollegen Emmerson Mnangagwa ersetzte – begleitet von heftigen Protesten einer im Schnitt 19jährigen Bevölkerung, die bis heute anhalten.

Auf der Straße, nicht im Wahllokal

Die Jugendlichen haben die ewig gleiche neoliberale Misswirtschaft der ewig gleichen Politikveteranen satt. Das hat das Jahr 2019 gezeigt wie noch keines – auch wenn es längst nicht überall so revolutionär verlaufen ist wie im Sudan und in Algerien. So wurde während der Präsidentschaftswahlen in Südafrika und Nigeria eine andere Form des politischen Protests praktiziert: die Weigerung, überhaupt wählen zu gehen. Dass hinter der niedrigen Wahlbeteiligung nicht einfach nur verdrossenes Desinteresse steht, bezeugen die vielen Proteste und Ausschreitungen in beiden Staaten. Gleichzeitig machen die Wahlen in Nigeria und Südafrika exemplarisch deutlich, welches Potential in den neuen Jugendbewegungen steckt – und welche Gefahr zugleich. Sie zeigen, dass zwei höchst unterschiedliche Wege möglich sind: ein progressiver und ein regressiver.

In Südafrika fiel die Wahlbeteiligung insbesondere bei den 20- bis 29jährigen niedrig aus – also gerade bei denen, die das Apartheidsregime nicht mehr miterleben mussten und mit dem Wahlrecht aufgewachsen sind. Hier hat zwar ein Jahr vor dem Urnengang der ANC (African National Congress) innerparteilich den Generationenwechsel durch ein Misstrauensvotum gegen den ehemaligen Parteivorsitzenden und Präsidenten Jacob Zuma vollzogen. Doch das Vertrauen der jungen Menschen konnte die seit 25 Jahren regierende Partei damit nicht wiedergewinnen. Gleichzeitig konnte die größte Oppositionspartei, die Democratic Alliance, nur wenige für ihr Lager begeistern – wohl nicht zuletzt deshalb, weil die DA erst 2015 ihren ersten schwarzen Parteivorsitzenden wählte. Doch diese so zentrale Wählergruppe ist nicht apolitisch, im Gegenteil: Spätestens seit 2015 vollzog sich eine starke Politisierung der jungen Südafrikaner*innen.⁷ Damals brach unter den Hashtags #RhodesMustFall, #FeesMustFall und #ZumaMustFall eine regelrechte Studierendenrevolte gegen die strukturelle Benachteiligung Schwarzer im südafrikanischen Bildungssystem und die Korruption des ehemaligen Präsidenten aus. Außerdem wird auch die Forderung nach besserer Infrastruktur für die Townships und staatlicher Umverteilung des Landbesitzes – der nach wie vor größtenteils in weißer, burischer Hand ist – immer lauter. Schließlich ist nirgendwo sonst das Einkommen ungleicher verteilt als in Südafrika. Seit der

6 Deutsche Welle, UN: Millionen Menschen hungern in Simbabwe, www.dw.com, 3.12.2019.

7 Vgl. Carmen Ludwig, Südafrika: Der lange Abschied des ANC?, in: „Blätter“, 2/2018, S. 25-28; Chris Webb, Impatient for Justice, in: „Jacobin Magazine“, 12/2015; Jochen Luckscheiter und Layla Al-Zubaidi, Südafrika: Der Kampf ums geraubte Land, in: „Blätter“, 11/2018, S. 29-32.

Demokratisierung hat das Land zwar sein Armutsniveau leicht senken können, die Schere zwischen Arm und Reich ist jedoch parallel stark auseinandergegangen. Während viele der Protestierenden nicht zuletzt aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent von politischen Parteien enttäuscht sind, drückt sich in Demonstrationen mit Zehntausenden Teilnehmer*innen ihr wachsendes Interesse an politischer Partizipation aus.

Völlig anders die Lage in Nigeria: Form und Ziele der Proteste in beiden Ländern unterscheiden sich wie Tag und Nacht. Während in Südafrika bei meist friedlichen Demonstrationen konkrete politische Ziele gefordert werden, sind die Unruhen in Nigeria gewaltvoll, destruktiv und menschenverachtend. Und sie gehen von einer ganz anders gearteten „Jugendbewegung“ aus, nämlich von Terrororganisationen wie der islamistischen Boko Haram.

Auch das hat seine Gründe in einem Generationenkonflikt: In Nigeria hatten die Menschen 2019 die Wahl zwischen dem Amtsinhaber Muhammadu Buhari – einem 76jährigen Ex-Militärdiktator (1983-1985) und seinem nur drei Jahre jüngeren stärksten Kontrahenten, dem ehemaligen Vizechef der Zollbehörde (1969-1989) und ehemaligen Vizepräsidenten (1999-2007) Atiku Abubakar – gegen den wegen Veruntreuung von mehreren Millionen US-Dollar ermittelt wird. Ersterer musste bereits während seiner Amtszeit immer wieder gegen das hartnäckige Gerücht kämpfen, er sei schon längst verstorben.⁸ Auch in ihren Programmen ähnelten sich die beiden Kontrahenten: Beide machten sich im Wahlkampf für mehr Privatisierung stark.⁹ Bei einer Wahlbeteiligung von gerade einmal knapp 36 Prozent errang Amtsinhaber Buhari ein weiteres Mandat.

Das Ausbleiben einer generationellen Wachablösung hat Boko Haram die Jugendlichen regelrecht zugetrieben. Anhänger findet diese vor allem unter männlichen, unzufriedenen Jugendlichen, arbeitslosen High School- und Universitätsabgängern und armen Kindern.¹⁰ Seit Jahren kanalisiert sie die Perspektivlosigkeit der Bevölkerung im strukturschwachen Norden des Landes in Gewalt gegen Polizei und Armee, Kirchen und Schulen. Mehr als 13000 Menschen sind ihr seit 2009 zum Opfer gefallen. Wie schon bei den vergangenen Wahlen forderten die islamistischen Aufständischen 2019 den gewaltsamen Boykott der Wahl und verübten Anschläge auf Wahllokale und Politiker. Insgesamt starben mindestens 53 Menschen im Zuge der Wahl.¹¹

Afrika am Scheideweg

Die Beispiele Südafrikas und Nigerias zeigen, an welcher Weggabelung Afrika derzeit steht: Einerseits drohen arbeits- und perspektivlose Jugendliche bei demagogischen Predigern wie denen von Boko Haram simplifizie-

8 Nigerian President Buhari denies death and body double rumours, www.bbc.com, 3.12.2018.

9 Neil Munshi, Nigeria: oil privatisation call exposes election divide, www.ft.com, 14.2.2019.

10 Vgl. Freedom C. Onuoha, Why do Youth Join Boko Haram?, in: „USIP Special Reports“, 348/2014, www.files.ethz.ch.

11 Vgl. Nigeria arrests ‚Avengers‘ oil militants, www.bbc.com, 16.5.2016; Nigeria Decides 2019: Election violence in Rivers, www.newscentral.africa, 23.2.2019.

rende Antworten auf ihre Zukunftsängste zu finden – Antworten voller Hass, Gewalt und Schwarz-Weiß-Bildern. Und diese Gefahr wächst: Nicht nur in Nordnigeria ist der Zulauf zu den Islamisten groß, auch in den westafrikanischen Nachbarstaaten steigt die Zahl islamistischer Anschläge, insbesondere in Mali, Burkina Faso, Niger und im Tschad.¹²

Auf der anderen Seite besteht die Chance eines neuen demokratischen Ethos, einer Bewegung, die nicht einfach nur selbst an die Spitze, sondern tatsächlich etwas an den Verhältnissen ändern will. Insbesondere der Sturz des Autokraten al-Baschir im Sudan macht Hoffnung. Hier stellten sich Zehntausende junge Menschen über Monate hinweg friedlich einer gewaltsamen Polizei entgegen, bis das Militär unter dem Druck beschloss, lieber al-Baschir zu stürzen, als die Demonstrationen blutig niederzuschlagen. Doch dabei ließ es die Bewegung nicht bewenden: Die Proteste ebten erst ab, als eine zivile Regierung auf den Weg gebracht wurde.

Vor allem junge Frauen waren im Sudan die treibende Kraft der Bewegung. Sie forderten nicht nur den Rücktritt al-Baschirs, sondern auch ein Ende der rigiden Schariagesetzgebung.¹³ Dass aus einer von Frauen angeführten Revolte ein so breite Bewegung entstehen konnte, bei der Menschen aus allen sozialen Schichten und aller Religionen¹⁴ gemeinsam demonstrierten, kann als historischer Erfolg bezeichnet werden.

Nun werden die kommenden Jahre zeigen müssen, ob die Übergangsregierung es tatsächlich schafft, eine neue, demokratische Verfassung auf den Weg zu bringen. Die Wortführer*innen des Aufstandes sollten sich dabei ein Beispiel an der Protestbewegung „Y'en a marre“ („Wir haben es satt“) im westafrikanischen Senegal nehmen. Die hatte 2011/2012 erfolgreich eine weitere Amtszeit des damals 86jährigen Präsidenten Abdoulaye Wade verhindert. Anschließend ließen sich ihre Initiatoren nicht mit den von der Nachfolgerregierung angebotenen Posten abspeisen, sondern bekannten sich zu ihrer zivilgesellschaftlichen Rolle. Heute führt Y'en a marre verschiedene Nachbarschaftsprojekte durch, unter anderem zur Wiederaufforstung, und ist international mit anderen afrikanischen Jugendbewegungen vernetzt.¹⁵

Sie alle stehen, wie das Jahr 2019 in besonderer Weise gezeigt hat, noch immer vor existentiellen Herausforderungen: Erstens müssen sie einen politischen Generationenwandel vollziehen, der sie von den neoliberalen Vorgaben des Nordens endlich wirklich unabhängig macht, und dafür ihre kleptokratischen Eliten absetzen. Und zweitens müssen sie sich dabei gewaltsamen Extremisten widersetzen, denn nur so können sie ihre Forderung nach Demokratie und Teilhabe verwirklichen. Angesichts der Dynamik, die sich nicht zuletzt im vergangenen Jahr entwickelt hat, ist hier eine gewisse Hoffnung durchaus berechtigt.

12 Der Islamismus ist wohl die größte, jedoch nicht die einzige militante Bewegung in Afrika: In Uganda rufen fundamentalistische Christen zu Gewalt gegen Homosexuelle auf. Und in Südafrika hetzt die sich selbst „militant und radikal“ nennende, linkspopulistische Partei „Economic Freedom Fighters“ gegen Weiße.

13 Sudan: Der Traum von gleichen Rechten für Frauen, www.dw.com, 28.4.2019.

14 Andrea Böhm, Das Ende eines Diktators, www.zeit.de, 17.4.2019.

15 „Y'en a marre“ fait le point sur ses projets citoyens dans la banlieue, www.seneweb.com, 31.5.2019; Mouvement Y EN A MARRE, www.twitter.com.